

XVII. KIRCHE IM SOZIALISMUS

MANFRED L. PIRNER



Pax Christi, Schwerter zu Pflugscharen.

Vorbemerkungen

»Kirche im Sozialismus« – hier eingegrenzt auf die ehemalige Deutsche Demokratische Republik (DDR) – als Thema des RU und eigenes Kapitel in einem kirchengeschichtsdidaktischen Kompendium? Dagegen ließen sich eine Reihe von *Bedenken* vorbringen:

– Die (kirchen-)historische Forschung zu diesem Thema ist noch längst nicht zu einer befriedigenden Gesamtsicht und einem verantwortbaren abschließenden Urteil gekommen.¹

1 Vgl. die Forschungsüberblicke von H. Schultze, Die Geschichte der evangelischen Kirchen in der DDR. Beobachtungen zur neuesten Entwicklung, in: C. Lepp/K. Nowak (Hg.), Evangelische Kirche im geteilten Deutschland, Göttingen 2001, 277–294; C. Kösters, Katholische Kirche und Katholizismus in der SBZ/DDR. Eine Bilanz neuerer Forschungen, in: Historisches Jahrbuch 121/2001, 532–580.

- Entsprechend gibt es bislang auch kaum Unterrichtsmodelle oder didaktische Überlegungen dazu für den RU.
- Geht es bei dem Thema lediglich um ein weiteres Unterkapitel im großen Bereich »Kirche im Totalitarismus«, so könnte man mit Recht fragen, ob dieser Aspekt nicht prägnanter und anschaulicher bereits mit der Behandlung des »Dritten Reichs« entfaltet ist.
- Geht es bei dem Thema in erster Linie um die kirchenhistorische »Brücke« zur Gegenwart, dann müsste die Geschichte der Kirche und der Christen in Westdeutschland ebenso mit im Blick sein.

Generell stellt sich somit die Frage, welche Besonderheiten oder »Brennpunkte« dieser kirchenhistorischen Phase es rechtfertigen, sie zum Gegenstand des RU zu machen. Da von der Beantwortung dieser Frage bereits die Aufbereitung der Informationen und Reflexionen dieses Kapitels wesentlich abhängt, soll ihr hier im Vorfeld nachgegangen werden. Folgende *Aspekte* lassen sich benennen:

- Indem der RU sich, in West wie Ost, mit der Geschichte der Kirchen und Christen in der ehemaligen DDR beschäftigt, leistet er einen Beitrag zum besseren Verständnis der je eigenen bzw. je anderen Sozialisation und der auch gegenwärtig noch bestehenden Unterschiede zwischen alten und neuen Bundesländern. Gerade für den RU in den neuen Bundesländern dürfte es besonders wichtig sein, immer noch kursierende Meinungen und Einschätzungen, die sich auf die atheistisch-kirchenkritische Propaganda der DDR-Zeit zurückführen lassen, durch Informationen zu korrigieren und in den historisch-gesellschaftspolitischen Rahmen zu stellen. Allerdings ist ein Vergleich mit der westdeutschen Geschichte bei der Behandlung im RU auf jeden Fall wichtig.
- In der Zeit der DDR haben Kirchen, Christinnen und Christen zum Teil ein Selbstverständnis entwickelt, das in manchen Aspekten interessante und anregende Alternativen zur westlichen »Normalität« aufweist (Stichworte: »Minderheitskirche« bzw. »Freiwilligkeitskirche« im Osten gegenüber »Volkskirche« im Westen).
- Trotz aller nötigen kritischen Differenzierung wird man davon ausgehen können, dass die evangelischen Kirchen als »Wegbereiter der Wende«² eine wichtige Rolle beim Zustandekommen der

2 So der Titel des Buches von B. Alsmeier, Wegbereiter der Wende. Die Rolle der Evangelischen Kirche in der Ausgangsphase der DDR, Pfaffenweiler 1994.

deutschen Wiedervereinigung gespielt haben. In anderer Weise als im »Dritten Reich« wird hier brennpunktartig eine Widerständigkeit und ein politisches Engagement deutlich, das auch für heutiges Christsein und Kirchesein wegweisende Impulse geben kann.

- Die oben herausgestellte Unabgeschlossenheit der zeitgeschichtlichen Forschung sollte die Behandlung des Themas im RU nicht verhindern, wohl aber zur Vorsicht gegenüber pauschalisierenden und mythisierenden Klischeebildungen mahnen. Immerhin gibt es aber mittlerweile etliche zusammenfassende Darstellungen und Einzeluntersuchungen.³ Gegenüber der bislang im Vordergrund stehenden »großen« Kirchenpolitik gilt es jedoch, gerade für religionspädagogische Kontexte, den »kleinen« Alltag und die »Kirchengeschichte« der Jugendlichen (z. B. Jugendarbeit, RU, Jugendweihe) wo immer möglich zu entdecken und einzubeziehen. Hier bietet gerade die Kirchengeschichte der DDR besondere Chancen.⁴

1. Historisch

1.1 Der Ausgangsbefund: Die DDR als Beispiel gelungener Säkularisierung?

Im Jahr 1946 gehörten 81,5% der Bevölkerung in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ), also der späteren DDR, zur evangelischen, 12,2% zur katholischen Kirche. Im »Nachwendjahr« 1990 ist nach

3 Neben den schon angemerkten Forschungsüberblicken vgl. als knappe Gesamtdarstellung G. Besier, *Kirche, Politik und Gesellschaft im 20. Jahrhundert*, München 2000, 46–58; genauer: ders., *Der SED-Staat und die Kirche*, 3 Bd., München/Berlin 1993/1995; politikgeschichtlich orientiert: S. Gerlach, *Staat und Kirche in der DDR*, Frankfurt 1999, sowie H. Heinecke, *Konfession und Politik in der DDR*, Leipzig 2002; konfessionsspezifisch: M. Höllen, *Loyale Distanz? Katholizismus und Kirchenpolitik in SBZ und DDR. Ein historischer Überblick in Dokumenten*, 4 Bd., Berlin 1994–2000; B. Schäfer, *Staat und katholische Kirche in der DDR*, Köln u. a. ²1999; J. Braun, *Katholische Kirche im sozialistischen Staat DDR*, Paderborn ²1997; H. Dähn, *Der Weg der Evangelischen Kirchen in der DDR. Eine erste Bilanz*, München 1993; R. F. Goeckel, *Die evangelische Kirche und die DDR*, Leipzig 1995; gute zusammenfassende Abschnitte zur Entwicklung des Verhältnisses von ev. Kirche und Staat enthält: C. Fischer, *Wir haben euer Gelöbniß vernommen. Konfirmation und Jugendweihe im Spannungsfeld*, Leipzig 1998.

4 Vgl. dazu v. a. H. Dähn/H. Gotschlich (Hg.), »Und führe uns nicht in Versuchung ...«. *Jugend im Spannungsfeld von Staat und Kirche in der SBZ/DDR 1945 bis 1989*, Berlin 1998.

nicht ganz einheitlichen Schätzungen mit 21% Protestanten und 3,6% Katholiken zu rechnen.⁵ Diese dramatische Entwicklung der Mitgliederzahlen hebt sich gegenüber den kontinuierlich und nach wie vor recht hohen Zahlen in Westdeutschland signifikant ab (1989 gehörten hier 41,6% der evangelischen, 42,9% der katholischen Kirche an⁶).

Dass es hier nicht lediglich um institutionelle Mitgliedschaft geht, sondern auch um persönliche Einstellungen, zeigt die Tatsache, dass 1989/90 nur 21% der ostdeutschen Bevölkerung angaben, an Gott zu glauben; in Westdeutschland waren es 61%.⁷ Noch in der Shell-Studie 2000 wird ein markanter Unterschied in der Einstellung der Jugendlichen deutlich: Im Osten bezeichneten sich 78% der Jugendlichen als »nicht religiös«, im Westen dagegen nur 47%.⁸ Damit gehören die neuen deutschen Bundesländer zu den »säkularisiertesten« Gebieten Europas, und es stellt sich die Frage, wie es zu einer solchen Entwicklung gekommen ist.

1.2 Gegenseitige Toleranz von Kirche und Staat (ca. 1945–1950)

Die sowjetische Besatzungsmacht ließ den Kirchen zunächst große Freiheit, so dass ihre Neuordnung und Stabilisierung nach dem Zweiten Weltkrieg wie im Westen auch in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) ungehindert voranschritt. Die 1946 aus dem zwangsweisen Zusammenschluss von SPD und KPD hervorgegangene Sozialistische Einheitspartei (SED) gab sich zunächst religiös tolerant. Schließlich wurden auch in der Verfassung der am 7. Oktober 1949 gegründeten »Deutschen Demokratischen Republik« weitgehend die kirchenrechtlichen Regelungen aus der Weimarer Verfassung übernommen.

Allerdings wurden auch schon bald erste Spannungen zwischen den neuen Machthabern und den Kirchen sichtbar. Die 1946 erlassenen Schulgesetze erklärten die schulische Erziehung zu einer ausschließlichen Aufgabe des Staates; der RU wurde an den Schulen lediglich als freiwilliges Angebot in alleiniger Verantwortung der Kirchen ermöglicht, was von diesen jedoch auch als Chance zur eigenen Gestaltung (»Christenlehre«) aufgefasst wurde.

5 Zahlen nach D. Pollack, *Von der Volkskirche zur Minderheitskirche. Zur Entwicklung von Religiosität und Kirchlichkeit in der DDR*, in: H. Kaelble u. a. (Hg.), *Sozialgeschichte der DDR*, Stuttgart 1994, 271–294, bes. 272.

6 Nach B. Alsmeyer, aaO., 6.

7 Vgl. D. Pollack, aaO., 288.

8 Vgl. *Deutsche Shell (Hg.)*, *Jugend 2000*, Bd. 1, Opladen 2000, 173.

Fehlende Rechtssicherheit für die Kirchen und den einzelnen Bürger sowie die Aktivität der »politischen« Volkspolizei forderten die kirchliche Kritik heraus. So verglichen z.B. die evangelischen Bischöfe *Ludolf Müller* und *Otto Dibelius* die Missstände in der SBZ mit dem NS-Staat. Der Staat war zunächst noch auf Ausgleich und gegenseitige Toleranz bedacht. So wurde z. B. die Einführung der Jugendweihe von der SED noch 1950 abgelehnt.⁹

1.3 *Kirchenkampf (ca. 1951–1958)*

Zu einer dramatischen Verschärfung der Situation kam es Anfang der 1950er Jahre im Gefolge der zunehmend marxistisch-leninistischen Ausrichtung der DDR-Gesellschaft und der Vertiefung des politischen Grabens zwischen West und Ost.

Bereits 1951 waren die Schulen und alle ihre Unterrichtsfächer sowie die Hochschulen durch eine Entschließung des Zentralkomitees der SED auf die »Grundlage des Marxismus-Leninismus« gestellt worden. Die kirchliche Kritik am weltanschaulichen Monopol des SED-Staats führte zu weiteren kirchenfeindlichen Maßnahmen:

1953 fiel die staatliche Unterstützung beim Einzug der Kirchensteuer weg und die *Junge Gemeinde* wurde systematisch als »verlängerter Arm der Terrororganisation BDJ« und »Tarnorganisation für Kriegshetze« diffamiert¹⁰ und mit Repressionen belegt. Jugendliche, die sich als Christen bekannten, wurden im gesellschaftlichen Leben zunehmend verunglimpft und benachteiligt; sie sollten insbesondere nicht mehr zu den Hochschulen zugelassen werden. Das Tragen von »Bekennniszeichen« wurde ebenso verboten wie die Herausgabe und Verbreitung von kirchlichen Jugendzeitschriften. Auch die Evangelischen Studentengemeinden waren in die Verleumdungskampagne einbezogen, einzelne Pfarrer wurden verhaftet und teilweise zu Zuchthausstrafen verurteilt, Übergriffe auf diakonische Einrichtungen fanden statt, so dass *Gerhard Besier* den staatlichen Aktionen »Züge eines »Kirchenkampfes« attestiert.¹¹

Nach einer kurzen staatlichen »Befriedungspolitik« auf Intervention Moskaus hin, die u. a. dazu führte, dass der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 von den Kirchen nicht unterstützt wurde, wurde der Kampf um die Jugend mit der Einführung der *Jugendweihe* entschei-

9 Vgl. *C. Fischer*, aaO., 34.

10 *C. Fischer*, aaO., 37.

11 *G. Besier*, aaO., 48.

dend verschärft. Die Kirchen reagierten betroffen und betonten die Unvereinbarkeit von Konfirmation und Jugendweihe.

Vor dem politischen Hintergrund des NATO-Beitritts der Bundesrepublik Deutschland (BRD) im Mai 1955 und der Gründung des Warschauer Paktes sowie des zwischen der BRD und der EKD 1957 geschlossenen Militärseelsorgevertrags und der weiterhin von den Kirchen vorgetragenen Forderung nach einer deutschen Wiedervereinigung eskalierte die Auseinandersetzung zwischen ostdeutschem Staat und Kirche weiter. Es kam zu einer Vielzahl von Verhaftungen und Prozessen gegen kirchliche Amtsträger, die Durchführung der Christenlehre und des Konfirmandenunterrichts wurde beträchtlich erschwert. Öffentlich wurde der christliche Glaube nun von der SED als Aberglaube bezeichnet, den es zu überwinden gelte.

Wie in einem Schreiben der evangelischen DDR-Kirchenleitungen deutlich wird, waren die Diskriminierungen von Christen im Alltag vielfältig: »Insgesamt fühlen sich Christen als Bürger minderen Rechts. Lehrern wird gekündigt, weil sie sich weigern, für die Jugendweihe zu werben. Kinder werden in der Regel nur dann zur Oberschule zugelassen, wenn sie an der Jugendweihe teilnehmen, unabhängig vom Notendurchschnitt. Die Krankenhausseelsorge ist kaum mehr möglich. Richtigstellungen zu Presseverlautbarungen werden nicht veröffentlicht.«¹²

1.4 *Klärung der Fronten und leichte Entspannung (ca. 1958–1968)*

Seit 1958 kam es zu begrenzten, aber nicht unbedeutenden Annäherungen zwischen Staat und Kirche. Ministerpräsident *Otto Grotewohl* versprach beispielsweise, die Jugendweihe nicht länger mit staatlichen Mitteln zu propagieren, und sicherte den Kirchen erneut volle Glaubens- und Gewissensfreiheit zu. Im Gegenzug sagten die evangelischen Kirchen 1958 zu, die Entwicklung der DDR zum Sozialismus grundsätzlich zu respektieren und zum friedlichen Aufbau des Volkslebens beizutragen – eine Zusage, die in der Folgezeit vom Staat als Grundlage für eine Verbesserung der Beziehungen angesehen wurde.

Auch angesichts des Erfolgs der Jugendweihe (1958 nahmen über 40 % aller DDR-Jugendlichen daran teil) und der zunehmenden Gewissenskonflikte von christlichen Eltern und deren Kindern wichen

12 So gibt *C. Fischer* die wichtigsten Punkte des Schreibens wieder: *C. Fischer*, aaO., 60.

die Kirchen langsam von der absoluten Unvereinbarkeit von Jugendweihe und Konfirmation ab: Jugendliche, welche die Jugendweihe lediglich über sich ergehen ließen, um sich den Zugang zur höheren Schulbildung nicht zu verbauen, wurden konfirmiert, wenn sie bzw. ihre Eltern dies glaubhaft aus christlicher Überzeugung heraus wünschten.

Vor allem der Machtgewinn von *Walter Ulbricht* seit 1960 bedeutete eine Wende in der staatlichen Kirchenpolitik. Ulbricht wollte die Kirche zwar so weit wie möglich aus der Öffentlichkeit in die Privatsphäre verdrängen, schränkte aber die bisherige aggressive Atheismuspropaganda ein und versuchte (zumindest offiziell), die Christen der DDR für die Sache des Sozialismus zu gewinnen, indem er die Gemeinsamkeiten zwischen Christentum und Sozialismus herausstellte: »Das Christentum und die humanistischen Ziele des Sozialismus sind keine Gegensätze. Nur ist das Christentum, einst als Religion der Armen und des Friedens begründet, seit Jahrhunderten von den herrschenden Klassen missbraucht worden.«¹³ Die meisten Repressionen gingen allerdings nur wenig vermindert weiter.

In den evangelischen Kirchen suchte man nun immer einen theologisch verantwortbaren Weg zwischen bloßer Opposition gegen den atheistischen Staat und Rückzug in den Raum frommer Innerlichkeit oder kultischer Vollzüge. Es mehrten sich jene Stimmen, die forderten, auch den atheistischen SED-Staat als Obrigkeit und als gesellschaftliche Wirklichkeit anzuerkennen, das Christsein in diesem Staat als besondere Herausforderung zu sehen und den Minderheitenstatus der Christen nicht nur zu beklagen, sondern auch als Chance zu begreifen.¹⁴

Durch den Mauerbau 1961 wurde die Trennung zwischen West- und Ostdeutschland endgültig vollzogen. Damit sowie durch die »Ausbürgerung« des in Ostberlin lebenden Vorsitzenden des (noch gesamtdeutschen) Rats der EKD, *Kurt Scharf*, wurden auch die ostdeutschen Landeskirchen gezwungen, sich neu zu ordnen.

13 Ulbricht in einer programmatischen Rede vor der Volkskammer am 4. 10. 1960, zit. nach *C. Fischer*, aaO., 100.

14 Die innerkirchlich durchaus kontroversen Positionen spiegeln sich u.a. in den von der Konferenz der Kirchenleitungen der evangelischen DDR-Kirchen 1963 verabschiedeten »Zehn Artikel über Freiheit und Dienst der Kirche in der DDR« und den von einem Weißenseer Arbeitskreis formulierten »Sieben Sätzen« von der »Freiheit der Kirche zum Dienen«. Vgl. *G. Besier*, aaO., 51.

Nach der Einführung einer neuen DDR-Verfassung 1968 – in der die Kirchenartikel der 1949er Verfassung radikal zusammengestrichen wurden – entstanden schließlich die »Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche in der DDR« (VELKDDR) und 1969 der von der EKD unabhängige »Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR« (BEK). Im Art. 4,4 seiner Bundesordnung hielt der BEK allerdings gegen vehemente Kritik von SED und staatsloyalen Kirchenmitgliedern fest: »Der Bund bekennt sich zu der besonderen Gemeinschaft der ganzen evangelischen Christenheit in Deutschland.«¹⁵ Vorsitzender der Kirchenleitungskonferenz (KKL) wurde *Albrecht Schönherr*, Leiter des Sekretariats des Kirchenbundes der gelernte Jurist *Manfred Stolpe*.

1.5 Kooperation zwischen Staat und »Kirche im Sozialismus« (ca. 1969–1981)

Die neue Phase im Verhältnis zwischen Kirchen und SED-Staat lässt sich am besten als gekennzeichnet von einem neuen Realismus auf beiden Seiten beschreiben. Für die Kirchen war nun klar, dass die DDR keine kurzfristige Übergangserscheinung auf dem Weg zur Wiedervereinigung darstellte, sondern als eigenständiger Staat mit einer eigenständigen gesellschaftlichen Realität ernst zu nehmen war. Für Staat und Partei wiederum hatte sich gezeigt, dass die Religion nicht – wie marxistisch-ursprünglich gedacht – mit der Gestaltgewinnung des Sozialismus absterben würde; man hatte statt dessen realistischere davon auszugehen, dass die Kirchen auch weiterhin eine gewisse Rolle in der sozialistischen Gesellschaft spielen würden, und versuchte sie nun nicht mehr lediglich zu unterdrücken, sondern ihre Kräfte auch für die eigenen Ziele zu instrumentalisieren.

Der BEK definierte sich auf seiner Synode 1970 bewusst als eine »Zeugnis- und Dienstgemeinschaft von Kirchen«, die sich in der sozialistischen Gesellschaft der DDR – nicht neben ihr und nicht gegen sie – bewähren müsse (»Kirche im Sozialismus«).¹⁶ Daraufhin wurde der BEK vom SED-Staat anerkannt. Man betonte verstärkt die mögliche Zusammenarbeit von Christen und Marxisten beim Aufbau des Sozialismus bei grundsätzlicher Toleranz des religiösen Glaubens und der kirchlichen Eigenständigkeit. Ein Treffen der evangelischen Kirchenleitungen mit dem Staatsratsvorsitzenden

15 Zit. nach *G. Besier*, aaO., 52.

16 Vgl. *C. Fischer*, aaO., 181.

Erich Honecker 1978 sollte das verbesserte Klima zwischen Staat und Kirche auch nach außen hin demonstrieren und führte zur Vereinbarung einer Kooperation im Lutherjahr 1983. Im gesellschaftlichen Alltag verbesserte sich die Situation der Christen allerdings kaum.

Das Interesse der Kirchenleitungen an einem guten Verhältnis zum Staat brachte andererseits eine distanzierte bis ablehnende Haltung gegenüber staatskritischen Stimmen in den eigenen Reihen mit sich. Wohl stellvertretend für viele innerkirchliche Kritiker der neuen Gemeinsamkeit von Staat und Kirche protestierte der politisch unbequeme Pfarrer *Oskar Brüsewitz* 1976 durch seine Selbstverbrennung gegen den Plan seiner Kirchenleitung, ihn zu versetzen.

1.6 *Die evangelischen Kirchen als Schutzraum von Oppositionsgruppen (ca. 1982–1989)*

In der ersten Hälfte der 1980er Jahre entstanden, zum großen Teil im kirchlichen Umfeld, vermehrt Initiativgruppen, die sich der Friedenthematik, ökologischen sowie Menschen- und Bürgerrechtsfragen widmeten. Obwohl sie häufig zu einem guten Teil aus Christen bestanden und von kirchlichen Gemeinden an der Basis unterstützt wurden, gestaltete sich ihr Verhältnis zu den Kirchenleitungen durchaus spannungsvoll. Dennoch gelang es den Basisgruppen im Lauf der 1980er Jahre immer besser, brisante gesellschaftliche Probleme der DDR in die öffentliche Diskussion und auch in die Kirchensynoden zu bringen.

Der Staat reagierte, auch unter dem zunehmenden Druck einer ernststen Wirtschaftskrise, mehr und mehr gereizt und aggressiv auf diese Entwicklungen. Kirchliche Räume wurden durchsucht, es kam zu Verhaftungen und Abschiebungen, der regelmäßige Kontakt zu den evangelischen Kirchen wurde abgebrochen. Gleichzeitig verweigerten die Machthaber – trotz der neuen, demokratischen Töne aus Moskau – jeglichen Dialog mit den Basisgruppen und werteten Kritik an Staat und Gesellschaft grundsätzlich und ausschließlich als Feindschaft gegenüber dem Sozialismus. Damit aber wuchs die Bereitschaft zur Solidarisierung mit den oftmals übermäßig hart behandelten protestierenden Basisgruppen-Mitgliedern. Die Kirchen führten den Dialog z. T. geradezu stellvertretend für den sich verweigernden Staat, stellten sich aber auch tendenziell zunehmend auf die Seite der gesellschaftskritischen Kräfte. Die KKL nahm recht eindeutig Stellung zu den Fälschungen der Kommunalwahlergebnisse im Mai 1989, und die Synode des BEK forderte im September 1989 offen grundlegende demokratische Bürgerrechte ein.

Die Massendemonstrationen im Herbst 1989 schließlich starteten, zunächst in Leipzig, dann auch in anderen Großstädten, fast immer im Anschluss an ein Friedensgebet in einer evangelischen Kirche. Hier wurde auch beharrlich zu Gewaltlosigkeit aufgerufen und den Demonstranten Mut gemacht, trotz Polizeieinsatz und Verhaftungen weiterzumachen – mit einem Erfolg, den auch die meisten Kirchenführer nicht für möglich gehalten hätten.

1.7 *Die besondere Entwicklung der katholischen Kirche*

In der katholischen Kirche hielt sich die weltanschauliche Gegnerschaft und Distanz gegenüber dem sozialistischen Staat beharrlicher durch als in den evangelischen Kirchen. Eine katholische »Kirche im Sozialismus« hat es nicht gegeben, allerdings durchaus einen pragmatischen »modus vivendi« mit Absprachen und Regelungen, welche die weit gehend politisch abstinenten, auf Kult und Frömmigkeit begrenzten kirchlichen Aktivitäten gewährleisten sollten. Hatten die Berliner Bischöfe *Preysing* und *Döpfner* in den 1940er und 50er Jahren noch einen »strikte[n] antitotalitäre[n] öffentliche[n] Konfrontationskurs«¹⁷ gefahren, so vertrat der Berliner Bischof und Vorsitzende der Ordinarienkonferenz *Alfred Bengsch* in den 1960er und 70er Jahren demgegenüber programmatisch eine kirchliche Haltung genereller öffentlicher politischer Abstinenz – eine Haltung, die vom Staat mit einem gewissen pragmatischen Entgegenkommen beantwortet wurde.

»Innerkirchliche synodale Aufbrüche [...], die sich nach dem [Zweiten Vatikanischen] Konzil auch in der DDR abzeichneten, wurden der erforderlichen inneren Geschlossenheit [...] rigoros untergeordnet.«¹⁸

In den 1980er Jahren betonte Bischof *Joachim Meiser* stärker als Bengsch das spezifisch christliche Menschenbild und damit die Distanz zum SED-Staat. Er versuchte so auch, der zunehmenden innerkirchlichen Erosion entgegenzuwirken. Ebenso wie bei den evangelischen Kirchen versuchte der Staat durch eine »Differenzierungspolitik« – d. h. durch die unterschiedliche Behandlung von staatsloyaleren und staatskritischeren Kirchenvertretern – die Geschlossenheit der katholischen Kirche aufzubrechen, was trotz einzelner Erfolge insgesamt nicht gelang.

17 C. Kösters, aaO., 546.

18 C. Kösters, aaO., 542.

Nach *Bernd Schäfer* gehörte zu den Kehrseiten katholischer Geschlossenheit und politischer Abstinenz eine zu zögerliche Öffnung für gesellschaftliche Veränderungen in der DDR und eine späte Wahrnehmung der revolutionären Ereignisse 1989.¹⁹ Basisgruppen fanden offensichtlich unter den Katholiken in der DDR »vergleichsweise wenig Akzeptanz«.²⁰ Entsprechend unsicher und verhalten fielen die meisten Stellungnahmen katholischer Kirchenvertreter zum Herbst 1989 aus. Eine Ausnahme bildete der Magdeburger Bischof *Johannes Braun*, der sich bereits im September 1989 offen für die Bürgerrechtsgruppen einsetzte.

2. Systematisch

2.1 Minderheitskirche – die »bessere« Kirche?

Unter dem Druck der politisch-gesellschaftlichen Verhältnisse, aber auch im theologischen Rückgriff u. a. auf *Bonhoeffers* Vorstellungen von einer »Kirche für andere« sowie auf das »Darmstädter Wort« von 1947 entwickelte sich im evangelischen Bereich in der DDR das Konzept von einer Kirche, die durch den Verlust ihrer traditionellen Vorrechte wieder neu lernt, in erster Linie ihrem Herrn zu dienen, ihre herkömmlichen Herrschaftsstrukturen durch neutestamentlich-geschwisterliche zu ersetzen sowie die Menschen mit ihren Nöten, Fragen und Problemen wieder besser in den Blick zu bekommen. Die drastische Verringerung der Kirchenmitgliedszahlen im Osten konnte so auch als Zusammenschmelzen der Gemeinden auf den Rest wirklich überzeugter und engagierter Christinnen und Christen verstanden werden, während im Westen eine hohe Zahl von opportunistischen Mitläufern und kirchlichen »Karteileichen« die Volkskirche aufrecht erhielt.

In der Tat sprechen soziologische Erhebungen von 1989 dafür, dass das Verbundenheitsgefühl der Mitglieder mit ihrer Kirche und das kirchliche Engagement vor allem der Jugendlichen im Osten größer als im Westen war.²¹ Auffällig ist außerdem, dass – im Gegensatz zum Westen – im Osten Bildungsstand und Kirchennähe miteinander korrelierten. Der Leipziger Religionssoziologe *Detlef Pollack* macht anhand der Untersuchungsergebnisse ein protestantisches

19 Vgl. *B. Schäfer*, aaO., 436–452.

20 So *C. Kösters*, aaO., 548.

21 Vgl. *D. Pollack*, aaO., 280 ff.

Großstadtmilieu aus, »das vor allem von nicht-konventionellen, sozial engagierten, politisch motivierten, hochgebildeten Jugendlichen getragen wurde, die den DDR-Verhältnissen kritisch gegenüber standen«.²² Offensichtlich hatte die Kirche in der DDR der 1980er Jahre einen deutlich alternativ-gesellschaftsoffenen Charakter angenommen.

2.2 Die evangelischen Kirchen – Wegbereiter der Wende oder Kumpane des Staates?

Die evangelischen Kirchenleitungen nahmen, wie schon angedeutet, im Konflikt zwischen Basisgruppen und Staat oftmals eine vermittelnde Haltung ein. Sie setzten sich – meist erfolgreich – für Inhaftierte ein und forderten den Staat zum Dialog mit den Bürgerinitiativen auf, distanzieren sich allerdings teilweise auch von den provokativen Aktionen der Gruppen. »Was Kirchenleitung und Gruppen trennte, war nicht die Frage, ob die Gesellschaft der DDR verbesserungswürdig sei, sondern, wie Verbesserungen zu erreichen seien.«²³ Lange Zeit lehnten die Kirchenleitungen Demonstrationen und Provokationen als Mittel ab und bauten statt dessen auf eine leise Diplomatie der kleinen Schritte.

Innerhalb der Kirchen und ihrer Leitungen gab es ein breites Spektrum von Haltungen, die von offener Sympathie mit den Basisgruppen bis hin zu eher staatsloyalen Einstellungen reichten. Mancher besonders heftige kirchliche Kritiker der Basisgruppen entpuppte sich nach der Wende als »Inoffizieller Mitarbeiter« (IM) des Staatssicherheitsdienstes (in der Kirchenleitung z. B. *Günter Krusche*).²⁴

Die Kirchen waren in der DDR, ähnlich wie im Dritten Reich, die einzigen staatsunabhängigen Institutionen und haben insofern in der Tat zur Entwicklung einer bürgerlichen Opposition und somit zur Wiedervereinigung beigetragen. Allerdings waren nicht alle Basisgruppen, die sich unter ihrem Dach formierten, christlich motiviert oder der Kirche verbunden. Für manche Gruppen bot die Kirche eben den alternativlos einzigen Freiraum im ideologisch monopolisierten Staat. Dass die Kirche diesen Freiraum bot und sich für solche Gruppen einsetzte, kann jedoch wiederum aus ihrem

22 *D. Pollack*, aaO., 287.

23 *B. Alsmeyer*, *Wegbereiter der Wende*, 39.

24 Vgl. *B. Alsmeyer*, aaO., 30.

christlichen Selbstverständnis verstanden werden. »Die kirchlichen Räume waren eine Schule der Demokratie.«²⁵

Von einer »protestantischen Revolution«²⁶ zu sprechen, überschätzt sicher die Bedeutung der evangelischen Kirchen im Umbruchprozess und unterschätzt andere Einflussfaktoren. Diese Rede überschätzt auch das Protestantische an der Entwicklung; in Polen hat die katholische Kirche schließlich eine ganz ähnliche Rolle beim Umbruch gespielt wie die evangelische in der DDR. Am ehesten kann man wohl mit *Detlef Pollack* davon sprechen, dass die evangelische Kirche als »Ferment sozialen Wandels« gewirkt hat, und zwar gerade dadurch, dass sie eine Mittelstellung zwischen Anpassung und Kritik einnahm, »die sie weder integrierbar noch ausgrenzbar machte«.²⁷

Allerdings hat die evangelische Kirchenleitung in der DDR selbst ihre eigene Rolle in einer Art Schulderklärung Ende Dezember 1989 kritischer eingeschätzt: »Niemand, auch wir nicht, können unsere Hände in Unschuld waschen. Wir haben schon vor Jahren öffentlich geredet als viele noch schwiegen. Aber wir haben auch oft geschwiegen, wo wir hätten reden sollen.« Und Kirchenleitungsmitglied *Manfred Stolpe* kommentierte dazu: »Wir haben zu lange Geduld gepredigt, statt entschlossener Gerechtigkeit und Gleichheit zu fordern. Wir haben Unruhe beschwichtigt, wo es richtiger gewesen wäre, sich ihren Protest zu eigen zu machen.«²⁸

3. Didaktisch

Generell ist damit zu rechnen, dass die Geschichte der DDR insbesondere bei westlichen Jugendlichen, aber teilweise auch schon bei den Schülerinnen und Schülern im Osten Deutschlands, kaum noch präsent ist, ja zum großen Teil weniger bekannt ist als die Geschichte des Dritten Reichs. In den meisten Geschichtslehrplänen wird die DDR erst in der 10. Jahrgangsstufe behandelt. Nach eigenen Befragungen von Jugendlichen einer neunten Jahrgangsstufe richtet sich deren Hauptinteresse, wenn überhaupt, auf die Geschehnisse um die Wiedervereinigung. Unter anderem deshalb sollte, wie bereits einlei-

25 So die Einschätzung von *G. Rein*, Die Kirchen im Umbruch der DDR, in: entwurf o. Jg. / 1990, H.1, 10–13, bes. 11.

26 Vgl. *E. Neubert*, Eine protestantische Revolution, Osnabrück 1990.

27 So fasst *B. Alsmeier* die Position *Pollacks* zusammen. Vgl. *B. Alsmeier*, aaO., 90.

28 Zit. nach *G. Rein*, aaO., 11.

tend angedeutet, eine Unterrichtseinheit zur Kirchengeschichte der DDR nicht einfach als chronologische Geschichte der politischen Entscheidungsträger dargestellt, sondern – v.a. in der *Sek I* – möglichst von jugendnahen Zugängen und Alltagserfahrungen her entwickelt werden. Mögliche *Ansatzpunkte bzw. Aspekte* einer solchen Einheit:

- *Jugendliche in Ost und West* in ihrer Einstellung zu Religion und Christentum (z.B. nach der *Shell-Studie*²⁹ oder nach *Barz*³⁰). Wie lassen sich die Unterschiede erklären? Welche unterschiedlichen Erfahrungen und historischen Entwicklungen stehen dahinter?
- *Die Diskriminierung jugendlicher Christen in der DDR*. Hier können insbesondere Erfahrungen der Unterdrückung und Benachteiligung im Bildungsbereich anhand konkreter Beispiele zur Sprache kommen und in den historischen Kontext gestellt werden. Auch der aus der Schule verbannte RU (und die alternative Christenlehre) kann in diesem Zusammenhang erwähnt werden.
- *C. Fischer* gibt die Wortgutachten aus seinen eigenen Schulzeugnissen wieder. Im Schulzeugnis der siebten Klasse aus dem Jahr 1967 heißt es: »Seine Leistungen sind sehr gut. ... Durch sein gutes Verhalten wird er im Klassenkollektiv allgemein anerkannt, obwohl er sich in ideologischen Grundsatzfragen vom Kollektiv entfernt. ... ist er als einziger nicht Pionier.« Im Abschlusszeugnis der zehnten Klasse wird 1970 u.a formuliert: »... war seinen Mitschülern in seiner Einstellung zur Schule ein echtes Vorbild. ... Obwohl er ... durch seine starke Bindung zur Kirche in seiner Freizeit hoch beansprucht war, nahm er in der Schule an der gesellschaftlichen Arbeit teil und entwickelte dabei Eigeninitiative.« Sowohl von der siebten als auch von der zehnten Klasse aus wäre der Übertritt in die Oberschule möglich gewesen. Trotz der von den Noten her sehr guten Zeugnisse wurde dem Schüler dieser Zugang in beiden Fällen verweigert.³¹
- *Jugendweihe – Konfirmation*. Die DDR-Jugendweihe war ein zunehmend massiveres Instrument ideologischer Beeinflussung und wurde mit großem Druck und Propaganda durchgesetzt, wogegen die Kon-

29 Siehe die Zahlen in der Einleitung.

30 *H. Barz*, Jugend und Religion, Bd. 2: Postmoderne Religion. Die junge Generation in den Alten Bundesländern, Bd. 3: Postsozialistische Religion: Am Beispiel der jungen Generation in den Neuen Bundesländern, Opladen 1993.

31 *C. Fischer*, aaO., 153, Anm. 70. Anschauliche Fallbeispiele finden sich auch in *C. Griese*, »Bin ich ein guter Staatsbürger, wenn ich mein Kind nicht zur Jugendweihe schicke ...«, Baltmannsweiler 2001.

firmation ein Risiko für den weiteren Bildungsweg des Betroffenen darstellte. An der Geschichte der Jugendweihe entlang lässt sich auch die Kirchengeschichte der DDR rekonstruieren. Interessanterweise erfreut sich allerdings die Jugendweihe auch nach der Wende in Ostdeutschland (und nicht nur dort) als säkularer, (nun nicht mehr sozialistisch ausgerichteter) alternativer Übergangsritus großer Beliebtheit.³² Im RU diskussionswürdig: Sind die Motive zahlreicher Konfirmanden und Konfirmandinnen und ihrer Eltern heute nicht weit weg von religiösen Überlegungen, und ist es da nicht ehrlicher, mit einer säkularen Feier den Übergang ins Erwachsenenleben zu begehen und entsprechende Geldgeschenke zu kassieren, als sich der alternativlosen Zwangskonfirmation auszusetzen, nach der man endlich nie wieder in den Gottesdienst zu gehen braucht? Nach Einführung der bewusst sozialistischen Verfassung der DDR 1968 sollte auch die Jugendweihe noch stärker als vorher »der sozialistischen Bewusstseinsbildung« dienen, weshalb das Gelöbnis inhaltlich erweitert und akzentuiert wurde. Auszüge:³³

Liebe junge Freunde!

Seid ihr bereit, als junge Bürger der Deutschen Demokratischen Republik mit uns gemeinsam, getreu der Verfassung, für die große und edle Sache des Sozialismus zu arbeiten und zu kämpfen und das revolutionäre Erbe des Volkes in Ehre zu halten, so antwortet: Ja, das geloben wir! ...

Seid ihr bereit, als wahre Patrioten die feste Freundschaft mit der Sowjetunion weiter zu vertiefen, den Bruderbund mit den sozialistischen Ländern zu stärken, im Geiste des proletarischen Internationalismus zu kämpfen, den Frieden zu schützen und den Sozialismus gegen jeden imperialistischen Angriff zu verteidigen, so antwortet: Ja, das geloben wir!

Wir haben euer Gelöbnis vernommen. Ihr habt Euch ein hohes und edles Ziel gesetzt. Feierlich nehmen wir Euch auf in die große Gemeinschaft des werktätigen Volkes, das unter der Führung der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Partei, einig im Willen und Handeln, die entwickelte sozialistische Gesellschaft in der DDR errichtet. ...

– *Kontakte zwischen (jugendlichen) Christen in der DDR und der BRD.* Informelle Beziehungen zwischen Christen auf beiden Seiten der

32 Vgl. dazu H. M. Griese (Hg.), *Übergangsrituale im Jugendalter. Jugendweihe, Konfirmation, Firmung und Alternativen*, Münster 2000; G. Diederich u. a., *Jugendweihe in der DDR. Geschichte und Bedeutung aus christlicher Sicht*, Schwerin 1998.

33 Zit. nach C. Fischer, aaO., 175.

deutsch-deutschen Grenze bis hin zu offiziellen Patenschaftsbeziehungen zwischen Kirchengemeinden trugen wesentlich dazu bei, dass Kontakte zwischen Ost und West weiterhin gepflegt wurden.³⁴ An persönlichen Erlebnisberichten kann heutigen Schülerinnen und Schülern die Unterschiedlichkeit der historischen Situationen im Osten und Westen bewusst werden, gerade auch auf religiösem Gebiet.³⁵

Es war ein mulmiges und zugleich prickelndes Gefühl, mit dem wir in unserem voll gepackten VW Variant auf die deutsch-deutsche Grenze zufuhren. Keiner von uns dreien hatte jemals etwas geschmuggelt. Ob wir wohl gut durchkommen würden?

Etwa zehn Kilometer vor der Grenze »präparierten« wir uns: Matthias und Jürgen schoben die Musik-Kassetten mit neuen christlichen Liedern, die für die Jugendkreise in Bad Blankenburg und Umgebung bestimmt waren, in ihre Stiefel, so dass sie beim Laufen nicht klapperten. Jürgen versteckte dann noch die drei christlichen Jugendbücher unter seinem Hemd, und ich klemmte mir die beiden zu den Cassetten gehörigen Liederbücher unter Unterhemd und Hemd in meine Hose. Noch ein kurzes Stoßgebet, dann fuhren wir weiter.

Die Grenzanlagen, die wir bald sehen konnten, machten einen düsteren, bedrohlichen Eindruck. Die bundesdeutschen Grenzbeamten winkten uns durch, die DDR-Beamten wiesen uns mit stoischen Gesichtern auf eine Haltespur ein. Ernst und geschäftsmäßig fragten sie nach unseren Papieren, wo wir hin wollten und was wir vor hätten. Offiziell besuchen wir Verwandte im Rahmen des »kleinen Grenzverkehrs«. Dazu durften wir nur einen Tag bleiben und uns nur im grenznahen Bezirk aufhalten. Dass wir einen Pfarrer und Gemeindegemeindeglieder besuchen und unterstützen wollten, sagten wir natürlich nicht.

Unser Auto wurde gründlich untersucht. Aus dem Kofferraum mussten wir alles ausräumen, vom Waschpulver bis zum Bohnenkaffee, von der Babykleidung bis zu Zement und Ziegelsteinen. Eine Tageszeitung und ein »Stern«-Magazin, die auf dem Rücksitz lagen, wurden einkassiert – wir könnten sie auf dem Rückweg wieder bekommen, hieß es. Mir klopfte das Herz bis zum Hals, als die Liederbücher in meiner Hose zu rutschen anfangen. Was, wenn sie auch noch eine Leibesvisitation machen wollten? Wir versuchten, so unbefangen und freundlich wie möglich zu wirken.

34 Vgl. dazu J. Thierfelder, *Deutsch-deutsche Kontakte im Schatten der großen Politik. Geschichte einer kirchlichen Patenschaftsbeziehung zwischen 1964 und 1968*, in: H. Raisch (Hg.), *Auf dem Weg zur Einheit. Aspekte einer neuen Identität*, Idstein 1994, 46–61.

35 Dieser Erlebnisbericht ist von mir selbst verfasst. Die geschilderte Reise fand im Jahr 1980 statt; die Namen meiner beiden Mitreisenden sind geändert.

Zum Glück ging alles gut. Wir durften unsere zahlreichen Mitbringsel wieder in den Kofferraum einpacken, erhielten unsere Papiere zurück und konnten weiter fahren, hindurch durch das breiteste und am strengsten bewachte Grenzgebiet in ganz Europa. Obwohl das Wetter gut war, wirkte die Szenerie gespenstisch: Zuerst ein zweireihiger Metallgitterzaun, dann ein Kontrollstreifen mit aufwändiger Beleuchtungsanlage, Beobachtungstürme rechts und links, und schließlich, nach ein paar Kilometern Fahrt durch unbewohntes Gebiet noch einmal ein Zaun und eine Kontrollstation. Dann hatten wir es geschafft! Als wir durch die ersten Dörfer und kleineren Städtchen fuhren, kamen wir uns vor wie in einer anderen Welt; eine Welt mit grauen, oftmals verfallenen Fassaden, mit schlechten, löcherig-holprigen Straßen, auf denen altmodisch und klapperig wirkende Autos fuhren – auch das war Deutschland!

- *Jugendliches Engagement führt zur politischen Wende*. Die spannenden und dramatischen Ereignisse des Jahres 1989 können zur genaueren Betrachtung der Rolle der primär von jungen Menschen geprägten kirchlichen Basisgruppen in den 1980er Jahren der DDR führen. Dabei kann auch die Bedeutung des christlichen Glaubens für gesellschaftliches Engagement und Widerstand in den Blick kommen. Erlebnisberichte und Dokumente können die politische Entwicklung veranschaulichen.³⁶

Für den RU in der *Sek II* ist ein grundsätzlicherer Blick auf das Thema Kirche im Sozialismus möglich. Es könnte gut in übergreifende Themenbereiche wie »Gottesglaube und Atheismus«, »Verhältnis Kirche-Staat« oder »Christsein und politische Verantwortung« integriert werden. In solchen Zusammenhängen werden Aspekte aus dem systematisch-theologischen Teil (Minderheitenkirche oder Volkskirche, Kirche als Hort des Widerstandes oder Verbündete des Staates) wichtig. Auch die starke Beteiligung von Kirchenleuten an der politischen Arbeit im Osten Deutschlands nach der Wende kann hier bewusst gemacht und diskutiert werden.

Methodisch sollte bei diesem Thema, insbesondere in den neuen Bundesländern, möglichst die eigenständige Schüler-Recherche mit Interviews z. B. von Pfarrern und Gemeindemitgliedern zum Zuge kommen. Fächerübergreifende oder RU-interne Projekte können durch Ausstellungen, schriftliche Dokumentationen, selbst erstellte Filme oder Internet-Präsentationen veröffentlicht werden. Bislang gibt

³⁶ Vgl. z. B. *H.-J. Sievers*, Stundenbuch einer deutschen Revolution. Die Leipziger Kirchen im Oktober 1989, Göttingen 1990; *G. Rein*, Die protestantische Revolution 1987–1990. Ein deutsches Lesebuch, Berlin 1990.

es leider nur wenig didaktisch aufbereitete *Medien und Materialien* (s. Literaturhinweise), was allerdings gerade auch als Herausforderung zur Eigentätigkeit empfunden werden kann. Immerhin lassen sich einige Filme recht gut einsetzen, v. a. in der höheren Sek I und in der Sek II.³⁷

LITERATURHINWEISE

- B. Alsmeyer*, Wegbereiter der Wende. Die Rolle der Evangelischen Kirche in der Ausgangsphase der DDR, Pfaffenweiler 1994
- B. Böttge*, Damals im Herbst. Erinnerung an eine fast vergessene Revolution, in: forum religion o.Jg./1990, H. 4, 2–5
- M. Rosowski*, Kirche und Sozialismus. Lehrer gestalten ihr Religionsbuch selbst, in: Religion heute o.Jg./1991, H. 8, 234–247
- B. Schäfer*, Staat und katholische Kirche in der DDR, Köln u. a. 1999
- M. Stupperich u. a.*, Zweitausend Jahre Christentum, Bd. II,2, Göttingen 1983, 29–55 (Schulbuch; Kapitel »Die ev. Kirche in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg«)
- Themaheft »Kirche in der DDR«*: entwurf o. Jg./1990, H.1 (gute Überblicke, vielfältige Materialien, Stellungnahmen, Erlebnisberichte und Unterrichtsvorschläge)

³⁷ Zu empfehlen: Christen in der DDR, zweiteiliger Dokumentarfilm (D 1999); interessant, aber lang: Nikolaikirche, Spielfilm (D 1995, 168 Min.), dazu »The making of«: Nikolaikirche Leipzig, Dokumentarfilm (D 1995, 61 Min.), der die Entstehung des Spielfilms dokumentiert und mit Zeitzeugeninterviews verbindet.